

I. Donald Trump und sein Volk – zu ihrem Glück vereint (Gegenstandspunkt 2-17)

Zum Thema Trump haben wir bereits anhand der Staatsparagrafen das Amerika- und Trump-Spezifische besprochen; dann war der Begriff des Populismus allgemein Thema: Was impliziert er und was zieht er für politische Konsequenzen nach sich? Der Artikel im GS (2-17) hat wieder das Thema Populismus und Trump zum Gegenstand.

Ausgangspunkt von Populisten ist die Diagnose einer nationalen Katastrophe, eines Zustands, der so nicht bleiben kann, den sie ändern wollen. Zur Erinnerung: was ein Erdogan oder Orban als Notstand seiner Nation definiert, ist etwas anderes als die Rede Trumps von einer Krisensituation oder einem Desaster. Was ist für ihn der Missstand, der beseitigt gehört?

— *Es ist eine Tatsache, dass die USA nicht mehr eindeutig die Nr. 1 auf der Welt sind, dass die Überlegenheit nicht mehr uneinholbar ist. Eigentlich würde den Amerikanern, diesem großartigen Volk, zustehen, dass es auch die großartigste Nation auf der Welt ist und völlig unschlagbar von jeglichem Konkurrenten. Dazu haben wir überlegt, ob diese Vorstellung von der Uneinholbarkeit Amerikas ein Ideal ist. Dagegen wurde eingewandt, dass Trump ein Aufbruchsprogramm praktiziert, das besser als Anspruch oder Auftrag zu bezeichnen ist.*

Trump fasst das nicht als „schön wär’s, wenn..“, sondern nimmt das als einen Missstand, der zu beheben ist, als einen Anspruch, den das amerikanische Volk hat, wegen seiner Großartigkeit die Führung in der Welt inne zu haben. Von diesem Anspruch des amerikanischen Volkes geht er aus und will ihn praktisch wieder wahr machen.

Vielleicht kommt man deshalb auf Ideal, weil Trump, wenn er sagen müsste, was der Begriff der Weltmacht Nr.1 ist, theoretisch nicht sattelfest wäre, aber praktisch hat er ein Bewusstsein davon, dass die USA nicht ein Staat unter anderen sind, dass sie über militärische Mittel verfügen, die vielleicht in letzter Zeit vernachlässigt worden sind, dass sie über eine Ökonomie verfügen, die einmal sehr viel mehr Arbeitsplätze beinhaltete, usw. Er geht ganz praktisch von einem Status, den die USA in der Welt haben, aus und stellt fest, der war schon mal viel besser.

So sind auch die Überschriften im Artikel gewählt, dass klar ist, Trump fasst das als einen Anspruch des Volkes und erstmal nicht der Nation. Der sagt nicht, der Staat hat auf Sachen verzichtet, die er eigentlich hätte wahrnehmen müssen, sondern er sagt, unser Volk hat in seiner Großartigkeit, die es in seiner Eigenschaft als Volk hat, den Anspruch, in der Welt führend zu sein und nicht als ein Volk, das gleichberechtigt neben anderen ist, behandelt zu werden. Es ist das großartigste Volk von allen und deshalb kommt ihm eine besondere Rolle zu und Rechte, die von anderen nicht tangiert werden dürfen. Von daher ergibt sich der Auftrag an die Regierung, diese Großartigkeit des Volkes zum Zuge kommen zu lassen. Die Berufung auf das Volk ist der Ausgangspunkt des Populismus und der Anspruch, dass den Ansprüchen des Volkes durch die Regierung genüge getan werden muss.

— *Ein Moment der desaströsen Lage, woran das amerikanische Volk leidet, ist, dass den guten Amerikanern Jobs, die ihnen zustehen, verwehrt werden, weil diese in andere Länder verlagert wurden. Es wird ihnen verunmöglicht, dass sie ihre Überlegenheit in der Konkurrenz praktizieren und dadurch zur Überlegenheit und zum Wohl der Nation beitragen.*

Das 1. Argument („denen wurden Jobs weggenommen“) gehört zur Krisendiagnose: Trump stellt den Vergleich an und sagt, da fehlen Jobs und die gibt es woanders, und das ist der Beleg für ihn, dass die Weltmacht Nr. 1 nicht die Weltmacht Nr. 1 ist. Wie könnte es sonst sein, dass die Jobs, die in Amerika fehlen, anderswo geschaffen werden? Das 2. Argument (siehe Fortgang des Artikels) beantwortet die Frage: warum ist das so? Es hat jemand versäumt, das, was Amerika ausmacht, die unanfechtbare Nr.1-Stellung, voll zur Geltung zu bringen. Diese andere Seite der Krisendiagnose ist ein Kampfprogramm, d.h. es ist etwas falsch gelaufen; man muss sich also gegen die bisherige etablierte Politik aufstellen und dafür sorgen, dass dem Volk wieder das zukommt, was ihm zusteht.

— *Der Unterschied zu Orban oder Erdogan ist festzuhalten. Der Artikel gibt die Auskunft: für alle kapitalistischen Nationen gilt, dass sie die Gleichung beherrschen: Jobs!! – dann haben die Leute Arbeit, kommen zurecht, der Reichtum des Kapitals wird gefördert und die Nation wird gestärkt. Die gleiche Bedeutung steckt hinter Orbans Äußerung, die Europäer haben mit ihrer Bankengesetzgebung Arbeitsplätze bei uns vernichtet. Auch Erdogan wird der Meinung sein, dass die Arbeit der Leute den Reichtum der Unternehmen und die Macht seiner Nation befördert. Der entscheidende Unterschied zu Trump liegt darin, dass der sagt, die Betätigung der freien Konkurrenz ist behindert worden in den USA. Orban und Erdogan stehen nicht auf dem Standpunkt die Freisetzung der Konkurrenz wäre das Problem ihrer Nation.*

Im Artikel wird das Argument aufgespalten. Im ersten Abschnitt steht: die fehlenden Jobs in Amerika, die woanders existieren, sind ein Beleg dafür, dass Amerika darniederliegt bzw. sich nicht durchgesetzt hat und dem Volk nicht das geboten hat, was es eigentlich zu bieten hat. Der zweite Teil stellt fest, das liegt an der bisherigen falschen Regierung, die ihre Aufgaben nicht richtig wahrgenommen hat. Dann geht es um den spezifischen Anspruch, den das Volk hat und den der Präsident jetzt wahrnehmen will. Die Regierung hat für Jobs zu sorgen und das Spezifische, das dem Amerikaner zukommt, ist, dass er für sich selber sorgt, dass er sich in der Konkurrenz bewährt und durchsetzen kann. Das ist der Unterschied Trumps zu einem Erdogan oder Orban. Sich in der Konkurrenz bewähren zu wollen und zu können, ist

das Recht des Amerikaners.

Die Krisendiagnose der verschiedenen populistischen Politiker bezieht sich auf das, womit sie praktisch konfrontiert sind und das ist bei Erdogan und Orban etwas ganz anderes als bei Trump. Die Vorstellung, Erdogan sagt, die Türkei krankt daran, dass sie nicht mehr Weltmacht Nr.1 ist, geht an der Sache vorbei. Er bezieht sich darauf, wie er die Türkei wahrnimmt, nämlich als eine Nation, in der das Volk islamisch geprägt ist und als diese wertvolle Nation zu wenig Beachtung in der Region hat.

— *Aber auch Erdogan tritt als Großmacht auf mit dem Anspruch, der Führer der Turkvölker zu sein und dass die EU anders zu funktionieren habe. Mit ihrem Volk, in dem die Bestimmung der Großartigkeit enthalten ist, treten alle Populisten an. In dem, was sie im Volk erkennen, finden sie immer den Auftrag, dass sich die Nation durchzusetzen habe. Es ist immer die Kritik am Establishment, an falschen Institutionen usw. – das ist das Identische bei ihnen.*

Trump definiert z. B., was das Besondere des Amerikaners ist: Nämlich dass er sich bemüht, nach Erfolg strebt und diesen auch hat und darin auch zurecht allen anderen Nationen überlegen ist. Das liege ihm im Blut. Orban und Erdogan würden auch sagen, dass ihre Nationen erfolgreich sein sollen, aber anders bestimmen, was den Erfolg ausmacht. Erdogan z.B. würde sagen, dass die Türkei fromme Menschen hat, die für ihr Vaterland eintreten und eine Sittlichkeit pflegen, die allen anderen überlegen ist.

— *Beim Thema Arbeitsplätze ist das Schwierige an der Unterscheidung, dass es keinen demokratischen Politiker auf der Welt gibt, der nicht möglichst viele Arbeitsplätze will. Wie ist da der unterschiedliche Blick bei Trump und beispielsweise den Europäern? Bei uns heißt Erfolg, dass es um das Wachstum der Wirtschaft geht, den Erfolg der Unternehmen. So redet Trump nicht, er wird sogar kritisch gegenüber seinen global players, die erfolgreich auf der Welt sind. Trumps Bezugspunkt ist nicht der Erfolg des Wachstums einzelner großer Wirtschaftsunternehmen, sondern er schaut von unten darauf. Im rust belt liege alles darnieder, so dass seine Leute nicht konkurrieren können und das Volk nicht für sich sorgen kann.*

— *Im Artikel steht, Jobs ist immer die Münze, die die Dreifaltigkeit beinhaltet: Ein Volk kommt zurecht, hat Arbeit, und fördert dadurch den Reichtum der Nation und dann auch des Kapitals. Darin liegt nicht das Besondere Trumps. Das Besondere sieht Trump in der Großartigkeit des Volkes, das dadurch allen anderen Nationen überlegen ist. So sieht Erdogan sein türkisches Volk nicht, er sieht dessen Großartigkeit getrennt vom Ökonomischen, nicht in der freien Betätigung als Konkurrenten.*

— *Trump argumentiert nicht wie ein Idealist, dass sein Volk eigentlich mehr Wachstum verdiente, oder dass die Gerechtigkeit erfordern würde, dass ... usw. Er geht stattdessen von Schäden aus; stellt fest, dass Amerika nicht ist, was es eigentlich ist, und geht gleich zu einer anderen Frage, der Schulfrage, über. Er sagt: Das, was Amerika ist, ist vergeigt worden – es ist eine andere Art, auf eine Differenz zu kommen, er spricht nicht wie ein Idealist von einem eigentlichen, wahren Amerika.*

Vorher ist gesagt worden, dass es jedem Politiker auf Wirtschaftswachstum ankommt und Wirtschaftswachstum übersetzt noch jeder Politiker in Arbeitsplätze. Trump redet aber nicht über Wirtschaftswachstum und meint auch nicht einfach, die amerikanische Wirtschaft müsse wachsen. Sondern er hat den Befund: „Unser Volk, das so einen Schaffensdrang hat, erfolgreich konkurrieren will, das muss einfach den anderen überlegen sein. Sowohl die Nation als auch die Einzelnen müssen ihre Überlegenheit betätigen und ausspielen können.“ Das ist für Trump das Kriterium. Er subsumiert die Lage der Wirtschaft unter diese Konkurrenzmentalität, mit der sich die Amerikaner in der Welt behaupten wollen. Da kann das Wirtschaftswachstum in den USA noch so schön sein, Trump sagt: „Wenn es immer noch Gegenden gibt, in denen die Leute keine Arbeit finden, und Unternehmen in Mexiko Arbeitsplätze schaffen, dann ist das ein Unding.“ Das kommt vom ideologischen Standpunkt: Was ist das, was Amerika zusteht und auszeichnet? Natürlich sagen auch Orban und Erdogan, dass ihre Nationen wirtschaftlich stark sein müssen, aber dann führen sie etwas anderes an, was ihr Volk auszeichnet.

Nur in der Kombination: Unternehmer schaffen Arbeitsplätze im Ausland *statt* in Amerika, ist dies für Trump ein Verbrechen. Er sagt nicht, dass alle Produktion in Amerika stattfinden müsse. Das wird dann im zweiten Artikel Thema. Trump ist kein Protektionist, wie ihm das immer vorgeworfen wird. Trump lebt vom Erfolg amerikanischen Kapitals, das sich global betätigt, und kommt von daher auf den Standpunkt, dass das nicht einhergehen kann damit, dass es in Amerika noch Leute gibt, die keinen Job finden. Dann muss ein Verbrechen sowohl von amerikanischem Kapital als auch von anderen Nationen vorliegen.

Diese Art des Zusammenfallens, dass sich die Leute in der Konkurrenz bewähren und darüber versuchen, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, dass amerikanisches Kapital an der Welt verdient und dass Amerika als politische und militärische Macht an erster Stelle steht, ist für Trump alles das Gleiche. Eins wird mit dem anderen identifiziert. Insofern stehen Jobs nicht einfach für Arbeitslosigkeit, sondern für den Niedergang der amerikanischen Nation. Wenn andernorts mit Arbeitsplätzen argumentiert wird, fällt dies nicht so umstandslos zusammen. Da ist immer das wirtschaftliche Wachstum oder der Erfolg der Nation Voraussetzung dafür, dass es dann auch Arbeitsplätze im Land gibt.

*

Was bedeutet die Formulierung im Artikel, dass der hard-working-american eine Kunstfigur ist? Die Art und Weise, wie Trump über Jobs als Beleg für den Niedergang der Nation redet, ist eine verfremdete Sichtweise auf das, was mit Jobs los ist.

— *Erstens wird abstrahiert davon, dass er einen finden muss, der ihn anwendet. Zweitens braucht es einen Staat, der genau dies als Programm hat und dafür seine Macht in Anschlag bringt. Übrig bleibt, dass er nicht Diener fremder Interessen ist, sondern er macht es nur wegen sich.*

Jeder ist für sich selber verantwortlich – pursuit of happiness –, bringt damit seine Familie voran und, indem alle immer besser sein wollen als die anderen, sorgen sie für den allgemeinen Fortschritt.

— *Und wenn er das für seine Familie tut, ist dies nicht etwa der Übergang von dem, dass er beim Arbeiten zuerst an sich denkt und dann denkt er an die Familie als das Übergeordnete, sondern die Familie ist so etwas wie die endgültige Adellung, dass es sittlich und in Ordnung ist, sich als Konkurrent aufzuführen, ein Dienst des hard-working-family-mans an dem kleinen großem Ganzen. Es ist also nicht die übliche Opposition, dass Familie getrennt von dem ist, sich in der Arbeit anzustrengen.*

— *Aber wenn die Amerikaner behaupten, sie konkurrieren für die Familie, ist das keine Rechtfertigung für ihr Konkurrieren. In der Familie findet anderes statt, die Sittlichkeit, die da gepflegt wird, ist die moralische Begleitung des Konkurrierens. Die Konkurrenz ist ihre eigene Rechtfertigung, per se die gute Sache.*

Die müssen sich nicht rechtfertigen, aber dieses Sich-in-der-Konkurrenz-Anstrengen, sich Reinhängen, die Bemühungen werden richtiggehend geadelt, indem man sagt: die tun das alles für die Familie. Diese Überhöhung findet statt.

*

— *Im Artikel wird ausgeführt, dass die Amerikaner ihre Gemeinschaft ausgerechnet darin sehen, dass alle sich selbstverantwortlich nur um sich kümmern, ihre 'happiness' suchen und zugleich ausgerechnet darin ihre Gemeinsamkeit sehen. Im Unterschied dazu ist hierzulande die durchgesetzte moralische Vorstellung über die Konkurrenz und Gemeinschaft die, dass man neben der Konkurrenz auch aufeinander achten muss, Rücksicht nehmen muss, Mitleid haben soll – statt einer kalten Ellbogengesellschaft. Also das Bewusstsein: die Konkurrenz ist ein Gegeneinander, wird aber gemütlich darüber, dass man daneben aufeinander achtet. Im Artikel ist als Subjekt dieses Gemeinschafts-stiftenden Geistes gleich unmittelbar der Staat mit seiner Gewalt angesprochen: „... weil sie neben ihrem Dasein als Konkurrenten, die bloß an sich selbst denken, auch unter der Autorität ein und desselben staatlichen Gewaltmonopols stehen, dem sie gleiche Rechte verdanken und gleiche Pflichten schulden.“ (S. 41 u.) Diese Fassung der Ideologie ist mir unklar. Bekannt ist, dass der Staat durchaus als Subjekt der Kompensation, Einschränkung der Konkurrenz aufgefasst wird. Politiker wie Gabriel erklären, es sei wichtig, dass gerade die Schwachen einen starken Staat haben.*

— *Da ist der Zusammenhang benannt, dass das tatsächliche Subjekt der Gemeinschaft, der Solidarität, der Zusammengehörigkeit neben der Konkurrenz der Staat ist; das staatliche Gemeinwesen, das neben der Konkurrenz der Stifter dieser Einheit ist.*

— *Die Bürger hier sind einerseits Konkurrenten; andererseits sind sie in Bezug auf den Staat, in dem sie gleiche Rechte und Pflichten haben, eine Gemeinschaft. Die Gemeinschaft ist nicht einfach eine Frage ihrer Moral; das, was sie neben der Konkurrenz, in der sie sich als Konkurrenten gegenüber stehen, zu einer Gemeinschaft macht, ist ihr Bezug auf den Staat, in dem sie alle Bürger mit gleichen Rechten sind.*

— *Aber hier ist nicht die Wirklichkeit angesprochen, sondern eine Auffassung der Wirklichkeit, es geht um die „demokratische Ideologie“. Dass sie eigentlich eine Gemeinschaft seien, „weil sie neben ihrem Dasein als Bürger...“, es ist keine Aussage darüber, dass die Bürger einerseits Konkurrenten sind, andererseits vom Staat gleichgesetzt sind.*

— *Dieses Verhältnis zum Staat ist in dem ausgedrückt, dass hier jeder sagt: der Konkurrenz darf man keinen freien Lauf lassen, die Konkurrenten sind rücksichtslos, also bedarf es einer Gewalt, die diese Konkurrenz beschränkt. Da ist der abstrakt freie Wille der Ausdruck davon. Europäer wollen den Staat, weil die Konkurrenz Auswirkungen hervor bringt, die geregelt sein wollen.*

Der Artikel gibt keine Auskunft darüber, dass die Konkurrenz hier anders geregelt wäre oder der Staat anders zu seinen Bürgern in Sachen Rechten und Pflichten steht. Es geht darum, wie die Konkurrenz behandelt und betrachtet wird: Dieser Wahnsinn, der hier in Europa praktiziert wird, dass die Leute neben dem, dass sie Konkurrenten sind, sich auch noch als Mitglieder einer Gemeinschaft betrachten. Nur weil man der gleichen Staatsgewalt unterworfen ist, ist man eine Gemeinschaft, eine Einheit, eine Angelegenheit, die jenseits der Gegensätze in der Konkurrenz ausgetragen wird. Dass das so etwas wie eine Gemeinschaft stiftet, ist europäischer Standpunkt, also das, wie man die Konkurrenz auffasst und das ins Verhältnis zum Staatsbürgerdasein setzt. In den USA wird das anders gesehen. Die kämen nicht auf die Idee, man muss die Konkurrenz begrenzen, sondern indem alle sich in der Konkurrenz bewähren und nach ihrem Glück suchen, sind sie alle gute Amerikaner. Einen Vorbehalt gegen die Konkurrenz, sie bräuchte eine Korrektur, ist denen fremd.

— *Der Satz, dass sie „... unter der Autorität ein und desselben Gewaltmonopols stehen“, ist das eine sachliche Auskunft darüber, wie es wirklich ist und wie verkehrt sie es sehen oder soll das eine Fassung der Ideologie sein?*

— *Dass ein staatliches Gewaltmonopol den Leuten Rechte und Pflichten zuweist, ist eine Auskunft in der Sache und nicht über die Ideologie.*

Es soll eine Auskunft darüber sein, wie verkehrt es ist, sich *deswegen* als Gemeinschaft zu betrachten.

— *Geredet wird von einer demokratischen Ideologie, die in Europa verbreitet ist. Hier gilt der Staat überhaupt als als Möglichkeit, irgendwelche Geschäfte zu tätigen und zu was zu kommen, als Garant der Ordnung und somit auch als Gemeinschaftsanliegen aller Konkurrenten bei aller Konkurrenz. Ausgedrückt als: Freiheit und Gleichheit besteht in der Ordnung, die wir unserem Staat verdanken. Die Trump-Fraktion in Amerika würde sagen: Frei hat uns Gott gemacht, gleich hat uns das Geld gemacht. Das ist ein Unterschied nicht nur in der Vorstellung von sich als Gemeinschaft, sondern auch über das, was man dem Staat verdankt.*

— *Der Nationalismus hier denkt sich so: Neben dem, dass ich mich in der Konkurrenz bewähre, weiß ich mich als Teil einer höheren Gemeinschaft der Deutschen mit allen Rechten und Pflichten. Weil ich hier geboren bin, merke ich, Ausländer gehören nicht zu dieser Gemeinschaft, sind diesem Staat nicht zugehörig. Der Amerikaner denkt anders (und für Europäer schwerer begreiflich), wenn alle amerikanischen Bürger gegeneinander konkurrieren, liegt in diesem Gegensatz ihre Gemeinschaft als Amerikaner.*

— *Also deren Gemeinsamkeit liegt in der wirklichen Gemeinsamkeit des Geldes. Dass alle, indem sie gegeneinander konkurrieren, immer besser werden in der Verfolgung ihres Interesses, dadurch schaffen sie den Wohlstand für sich und die anderen. Da ist das, was die Konkurrenz schafft, den Reichtum für sich und die Nation, die Gemeinschaft, die aus der Konkurrenz entspringt. Darum sagen sie, Amerika ist die reichste Nation, hervorgebracht aus der Konkurrenz. Das ist das Ideal der Konkurrenzfähigkeit und von einem Staat, der sie darin frei, und nicht einer Obrigkeit untertan macht, zu dem die US-Bürger sich anders stellen als alle Völker der Welt.*

Ein Staat, der sie darin befördert und nicht belasten und die Freiheit verfälschen darf. Das ist Amerika. In Europa ist die Konkurrenz anders begriffen, nicht nur als die Freiheit, sondern gleichzeitig als ein Gegeneinander. Die Gemeinschaft liegt nicht in der Konkurrenz selbst, sondern außerhalb – als notwendige Ergänzung der Konkurrenz. Was bildet dann die Gemeinschaft überhaupt? Da kommt man nur auf den Staat, der sie als seine Bürger behandelt. Daraus leiten sie an den Staat Ansprüche ab oder nehmen die Staatstätigkeit als Ausweis dafür, dass er wirklich ein Gemeinwesen ist – eben neben der Konkurrenz. Und wenn man nachfragt, was da die Gemeinschaft herstellt, ist das seltsamerweise die Gewalt, die über ihnen steht und sie auf das festlegt, was sie in der Konkurrenz zu erledigen haben. Das ist die Verrücktheit dabei.

— *Nebenbei: Diese Ideologie gibt es schon auch in Amerika; auch dort gibt es welche, die sagen, der Staat muss neben der Konkurrenz moderierend eingreifen. Das sind dort allerdings kleine Fraktionen. Die Ostküsten-liberals werden in den Debatten immer verschrien als Anhänger dieser Ideologie.*

— *Wenn man aber sagt, die Amerikaner beziehen sich nur als Konkurrenten aufeinander und sehen sich darin als Gemeinschaft, muss man sich klarmachen, dass man dann nicht mehr über den Standpunkt der Leute redet. So denkt der Amerikaner nicht. Sondern da hat man schon die Ideologie der Freiheit aufklärerisch auf ihren Kern zurückgebracht. Wenn der 'angry white men' sagt, wir leben im 'land of the free' und Einigkeit besteht darin, dass wir frei und ohne Gängelung für unsere Familien sorgen können, dann ist das ein anderer Standpunkt als: als Konkurrenten sind wir große Gemeinschaft. Das ist schon ein Moment Aufklärung über Freiheit, wenn man sie auf den harten Kern der Konkurrenz zurückführt.*

Der Amerikaner versteht sich so: Er kann und will konkurrieren und will darin nicht behindert sein, das äußert sich an den Demos, die stattfinden z.B. in Bezug auf das Gesundheitswesen. Da sagen viele Amerikaner, das sei Bevormundung. Das ist also schon der Standpunkt der Leute.

— *Ja, Amerikaner möchten frei ohne Gängelung des Staates für sich und ihre Familie sorgen, darin sind sie einig. Aber es ist schon ein geistiger Schritt vor diesem Standpunkt zu sagen, das sei letztendlich nichts anderes als: Leute, die nichts gemeinsam haben und gegeneinander konkurrieren, sehen sich darin als Gemeinschaft. Das ist schon eine andere Betonung von Freiheit und schon ein Moment Aufklärung.*

'Uns Amerikaner zeichnet aus, dass wir eine Nation sind, in der man so leben kann' – das ist dasselbe.

— *Zum 'pursuit of happiness' gehört für den Amerikaner dazu, dass er sich gegen andere durchsetzt, anders als Europäer, die schon gegeneinander ihren Vorteil suchen, aber in dem Bewusstsein, dass sich das nicht gehört und sie eigentlich gemeinschaftlich in etwas Höherem verbunden sind. Der Amerikaner denkt das anders und verteidigt sein Recht im Notfall mit der Waffe: Hier muss und kann sich jeder gegen jeden durchsetzen, das ist das Positive, das ist gerade das Reich der Freiheit. Und der Europäer sagt dazu: die sind rücksichtslos.*

Er sieht das aber nicht als sein Nationalbewusstsein an. Wenn er das 'land of the free' lobt, dann, weil in diesem Land sich jeder frei und (potenziell) erfolgreich betätigen kann.

— *Jeder kann sich frei betätigen, das ist doch was anderes als zu sagen, das ist nichts als Konkurrenz.*

Ja, wie die die Sache sehen und sich selber verstehen, das ist nicht die Wahrheit über die Konkurrenz. Die Leute finden auch in den USA den staatlich durchgesetzten Zwang vor, sich für das Eigentum nützlich zu machen und das hat sich kein Amerikaner ausgesucht unter dem Motto: das ist die beste Art, für meine family zu sorgen – das Beschönigende liegt dann in dem, was sie daraus machen.

*

— *Eine Frage: Wie bezieht sich Trump auf den Teil des Volkes, das ihn nicht gewählt hat, die Leute, die*

gegen ihn sind?

— *Indem er sagt, die gibt es nicht. Wer behauptet, bei seinen Kundgebungen sei der größte Teil des amerikanischen Volkes nicht da, erzählt fake news. Die Scheidelinie ist zwischen ihm, dem Volksvertreter und dem 'establishment' einschließlich der liberalen Presse. Die hat er als Feinde des Volkes ausgemacht, die Lügen über ihn und somit das Volk verbreiten.*

Er verkörpert den Willen des Volkes, das hat ihn beauftragt. Wenn es dann Einwände gibt gegen sein Tun, können die nicht vom Volk kommen, also müssen die Trump-Kritiker Feinde des Volkes sein.

— *Er ist der Beauftragte des amerikanischen Volkes, ist der Anführer einer Bewegung, er definiert, was amerikanisches Volk zu sein hat. Damit grenzt er den anderen Teil vom Volk als unamerican aus, gegen die man vorgehen muss. Das ist eine Kampfansage gegen Ausländer oder Moslems, die gar nicht mehr rein dürfen, ebenso wie gegen oppositionelle Medien.*

— *Im Artikel steht eine Erinnerung an die McCarthy-Zeit, die 'unamerican activities' strafrechtlich verfolgte, auch Schwule wurden eingesperrt, Berufsverbote gab es; damit sind Teile des Volkes, die nicht dem amerikanischen Nationalcharakter zusortiert wurden, kriminalisiert worden. Wie ist da der Bezug bei Trump?*

— *Der Vergleich mit McCarthy taugt nicht, weil er den entscheidenden Unterschied des politisch anderen, das, was Trump will, nicht benennt. McCarthy wollte die Nation im Inneren gegen den Kommunismus zusammenschweißen; er sah sich nicht als Vertreter der hard-working-american. Man kann es höchstens formell nehmen: beide beherrschen es, eine Nation zu einer Kampfgemeinschaft aufrüsten. Aber der Artikel sagt, Trump hat den Anspruch die Nation aufzumöbeln, die ihr Recht auf Erfolg hat, weil alles hard working american people sind.*

— *Der verbreitete Einwand: Aber Trump ist nur von der Hälfte der Amerikaner gewählt; wie kann er sich dann auf „das Volk“ berufen?, setzt sich darüber hinweg, dass die Art, wie Trump über das Volk redet, ein Anspruch an die Leute ist. Mit der Vorstellung von: nur das sind die richtigen Amerikaner, ein guter gehört zu uns, praktiziert er eine Spaltung des Volkes. Deswegen wird immer gesagt, er führe weiter Wahlkampf. Er stellt klar: Ich bin der Präsident und mit meinem sehr selbstbestimmten Willen exekutiere ich nur den Willen des Volkes.*

Normal sagt ein gewählter Präsident Sprüche wie: Im Wahlkampf ging es zwar hart zu, einige wurden vor den Kopf gestoßen, andere haben uns verteufelt, wir sie, usw.; aber nun bin ich der Präsident aller Bürger. Das macht Trump nicht. Er ist der Repräsentant des Volkes; ignoriert, dass es nicht alle sind, und setzt die anderen moralisch ins Abseits. Insofern führt er den Wahlkampf weiter oder spaltet das Volk, als er gegensätzliche Auffassungen von dem, was die Politik machen soll, nicht anerkennt, sondern dagegen hält: Er ist der gewählte Präsident und vertritt *das* Volk. Mit „Ich habe gewonnen“ drückt er aus, dadurch dass er sich durchgesetzt hat, verkörpert er den Willen des amerikanischen Volkes. Dass daneben die anderen moralisch im Unrecht sind, sieht man daran – sie haben verloren.

*

Noch ein Nachtrag zu dem, was vorhin zu den Feinden Amerikas gesagt worden ist. Es ist nützlich, zu sortieren, wer da unter welchem Gesichtspunkt als Feind Amerikas bzw. des 'hard working american' identifiziert wird: Da sind erstens die Migranten: Ausländer, die sich zu Unrecht das Privileg einer Teilhabe an der US-Gesellschaft erschleichen (wollen) und der Kampf gegen sie sieht entsprechend aus. Es geht darum, die Illegalen aus den USA zu entfernen und keine neuen reinzulassen. Zweitens werden (auf einer ganz anderen Ebene) die 'liberals' und die liberalen Medien als Feinde identifiziert; entsprechend sehen die Maßnahmen aus. Es sind keine rechtlichen, sondern sie werden moralisch ins Unrecht gesetzt: Sie disqualifizieren sich darüber, dass sie einen Vorbehalt gegen die von Trump propagierte Politik haben und werden mit Twitter oder Pöbeleien (z.B. gegenüber dem CNN) überzogen. Die dritte Abteilung ist: Amerika wieder groß machen, ist ein Programm, das exekutiert sein will und das impliziert, dass diejenigen, die dieses Desaster Amerikas verursacht haben, aus dem Weg geräumt werden; das ist das bisherige Establishment, einschließlich etablierter Institutionen und Verfahrensweisen, die sich dem Trump'schen Anspruch nicht beugen. Das führt zu einem Machtkampf der Art: Inwieweit kann man das Establishment ausschalten, die vorhandenen Institutionen instrumentalisieren, Teile des Beamtenapparats abschaffen bzw. neu besetzen?

Trump radikalisiert da einen Standpunkt, den es in der Demokratie gibt, nämlich „den Vorbehalt gegenüber der in der demokratischen Regierungsform angelegten Konkurrenz zwischen den Abteilungen der Staatsgewalt“ (S. 47, o.).

— *Mich hat auf dem letzten ‚Trump-Termin‘ irritiert, dass der politische Umgang der Institutionen der Gewaltenteilung als Konkurrenz bezeichnet wird und bezogen auf Trump, dass dessen innerstaatlicher Umgang mit den demokratischen Institutionen und mit den anderen Parteien gleichermaßen als Konkurrenz bezeichnet wird – wobei mir schon klar ist, dass Konkurrenz nicht nur ein ökonomischer, sondern auch ein politischer Begriff ist.*

Man muss zwei Sachen unterscheiden: Trumps Umgang mit Parteien, parlamentarischen Institutionen etc. ist der Versuch, diese auszuhebeln, zu umgehen oder für sich zu instrumentalisieren, und zwar von dem Standpunkt aus: er als der gewählte Präsident, der das Volk vertritt, hat jedes Recht, diejenigen, die ihm Steine in den Weg legen, aus dem Weg zu schaffen. Auf dem ‚Trump-Termin‘ gab es Überlegungen in Bezug auf die Sache selber: Was hat es auf sich mit den demokratischen Verfahrensweisen einer

Regierung, die von Trump als so hinderlich betrachtet wird? Da ging es um deren Nützlichkeit, also die Leistung, die die Gewaltenteilung oder die konkurrierende Parteienlandschaft für eine demokratische Herrschaft erbringen, dass das Ganze also der Sache nach nichts von Hindernis für die Herrschaft an sich hat, sondern eben im Gegenteil. Die politischen Parteien nehmen die vorhandene Unzufriedenheit im Volk auf und überführen sie in eine staatliche Alternative der Politik. Genauso die Gewaltenteilung: die wechselseitige Kontrolle der verschiedenen Institutionen sorgt dafür, dass die Politik gemäß der herrschenden Staatsräson exekutiert wird. Da gibt es eine Konkurrenz um die Besetzung der Gremien und der damit verbundenen Entscheidungsbefugnisse – es geht eben um die Organisation von Herrschaft.

— *Die ganze Entzweiung, die es jetzt in den diversen Gremien in den USA gibt, passiert auf der Grundlage dessen, was Trump mit seinem ‚America first‘-Programm angestoßen hat und da streiten sich die Republikaner untereinander – auch innerhalb der Konkurrenz zwischen den beiden Parteien – darum, wie das am praktikabelsten und effektivsten gehen soll. Was er also anstößt als Revolutionierung der US-Politik, endet darin, dass die demokratische Herrschaft zeigt, was sie kann, indem sich alle im Prinzip auf diesen ‚America first‘-Standpunkt einlassen und sich – per heftigem Streit – fragen, wie der am besten durchzusetzen geht. Das schafft die Demokratie eben.*

— *Der Artikel sagt zu Trumps bekanntem Vorgehen gegen Institutionen und Personen: er führt einen Kampf im Staat, „der das normale Funktionieren der amerikanischen Demokratie nicht länger verträgt“ (S. 46, u.). Damit hat er nicht die Unterwerfung der privatmaterialistischen Konkurrenten unter einen höheren Zweck der Staatsgewalt vor – es ist also kein Übergang zum Faschismus. Klärungsbedarf besteht bei folgendem: Die Gewaltenteilung stellt sicher, dass ein Richter eine Maßnahme Trumps nochmal daraufhin überprüft, ob sie der Verfassung entspricht und ggf. bringt er diese gegen ihn in Anschlag, indem er sagt: freies Einreisen gehört zu den Grundlagen dieser Nation. Dazu sagt Trump, das geht nicht zusammen mit dem Zweck, den er an dieser Stelle verordnet. Indem die normal funktionierende Demokratie, die geteilte Gewalt – Abteilung Recht –, die Maßnahme des Präsidenten nach diesem konstruktiven Maßstab überprüft, verwirklicht sie die Rason dieses Staates; das erträgt Trump so nicht. Was er tut, ist nicht gleichbedeutend mit der Abschaffung der demokratischen Institutionen, aber trotzdem soll sein Kampf einer sein, „der das normale Funktionieren der amerikanischen Demokratie nicht länger verträgt“ (S. 46, u.)?*

Das Beispiel mit dem Richter ist das eine; das andere sind die Dekrete, mit denen er in Umgehung der parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren sein Staatsprogramm durchzusetzen versucht. Auch die Ersetzung der Berater nicht aufgrund von Qualifikation, sondern von Loyalität. Das sind alles Formen, in denen er das normale demokratische Procedere außer Kraft setzt. Das macht er aber nicht in der Weise, dass ein Posten abgeschafft oder umdefiniert wird, sondern er macht das *innerhalb* dieser Institutionen. Er hat seinen Berater, macht seine Dekrete und wenn ein Richter eines verwirft, bemüht er sich um ein neues. So führt er einen Machtkampf. Auch in der Hinsicht, dass er bei der Besetzung der Posten, die dann die Aufgaben innerhalb des Staatsbetriebes wahrnehmen, seine Hand im Spiel hat. Er will sie also nicht abschaffen, sondern versucht, die Institutionen auf die Staatsräson zu verpflichten, die *er* will. Das geht u.a. über seine moralische Kritik an denen – sie soll Druck ausüben, dass diese in seinem Sinne richtig funktionieren.

Es gibt alternative Vorstellungen darüber, was der Staat zu machen hat und die werden von den verschiedenen Institutionen gegeneinander ins Feld geführt – ganz weg von der Parteienkonkurrenz ist das nicht, weil deren Besetzung aus einem Parteienproporz hervorgeht.

Die Frage, ob es wirklich Konkurrenz innerhalb der Politik gebe oder ob es sich dabei um ‚checks and balances‘ handelt, also um Institutionen, die sich wechselseitig ergänzen und kontrollieren, macht keinen besonders guten Gegensatz auf. Einerseits ist es bei den Parteien offenkundig, dass sie um die Besetzung der gesetzgebenden Gewalt und der Regierung konkurrieren. Bei den Institutionen, die sich wechselseitig kontrollieren, geht es um staatliche Kontrolle, aber auch um verschiedene Vorstellungen, wie man die (prinzipiell gemeinsamen) Zwecke politisch realisieren soll. Von Trumps Standpunkt aus ist alles, was es an anderen Vorschlägen gibt, konkurrierend mit dem, was er vorhat und das darf nicht sein, weil *er den Volkswillen vertritt*, weswegen er versucht, die Institutionen und deren Träger zu umgehen, auszuschalten, moralisch unter Druck zu setzen usw. Er betrachtet sie eben als Hindernisse für seine Politik und nimmt sie nicht in der Rolle wahr, die sie als demokratische Institutionen spielen und als solche auch gewürdigt werden.

— *Zu dem Gesichtspunkt, dass Kontrolle, ‚checks and balances‘ einerseits und Konkurrenz andererseits kein Gegensatz sind: Auch in unserer ‚super-vorbildlichen Demokratie‘ gibt es doch einen richtigen Streit darüber – Beispiel Afghanistan-Einsatz –, dass sich die Exekutive (nicht) über die Beschlüsse der Legislative hinwegsetzt. Haben die Richter in Karlsruhe nicht zuviel Macht? Werden wir nicht vom Bundesverfassungsgericht regiert anstatt von der Regierung? usw. Es gibt also über die Parteienkonkurrenz hinaus tatsächlich eine Konkurrenz darüber, wer letztendlich das Sagen über die aktuelle Fassung der Staatsräson hat – und das eben nicht nur in den USA.*

II. „Donald Trump und die Welt“ (GS 2-17)

Der Punkt a) des zweiten Artikels ist im wesentlichen eine Zusammenfassung des gerade Besprochenen. Unter b) wird auch nochmal angesprochen, wie Trump zu dem bisherigen weltweiten Erfolg des US-Kapitalismus steht. Dass Trump es nicht richtig findet, wenn das US-Kapital Arbeitsplätze im Ausland schafft, ist nicht das Urteil dieses Abschnitts: Da ist von einem affirmativen Bezug Trumps auf den

globalen Erfolg Amerikas die Rede – er sagt also *nicht*, dass das weltweite Schaffen von Arbeitsplätzen in Gegensatz zu seinem Interesse stünde.

Dass Amerika ja tatsächlich mit seinem Dollar-Kredit eine Sonderstellung in der Weltwirtschaft hat, also wie die Welt für den Erfolg amerikanischen Kapitals hergerichtet worden ist, ist in Punkt b) ausgeführt. Auf diese Sonderstellung bezieht sich Trump, wenn er sagt, dass sie wieder uneingeschränkt Gültigkeit haben solle – unter dem Motto: gerade *weil* Amerika diese Sonderstellung hat, muss es nicht auf andere Nationen Rücksicht nehmen.

Nächstes Mal (17.6.) Weiter mit dem Artikel.